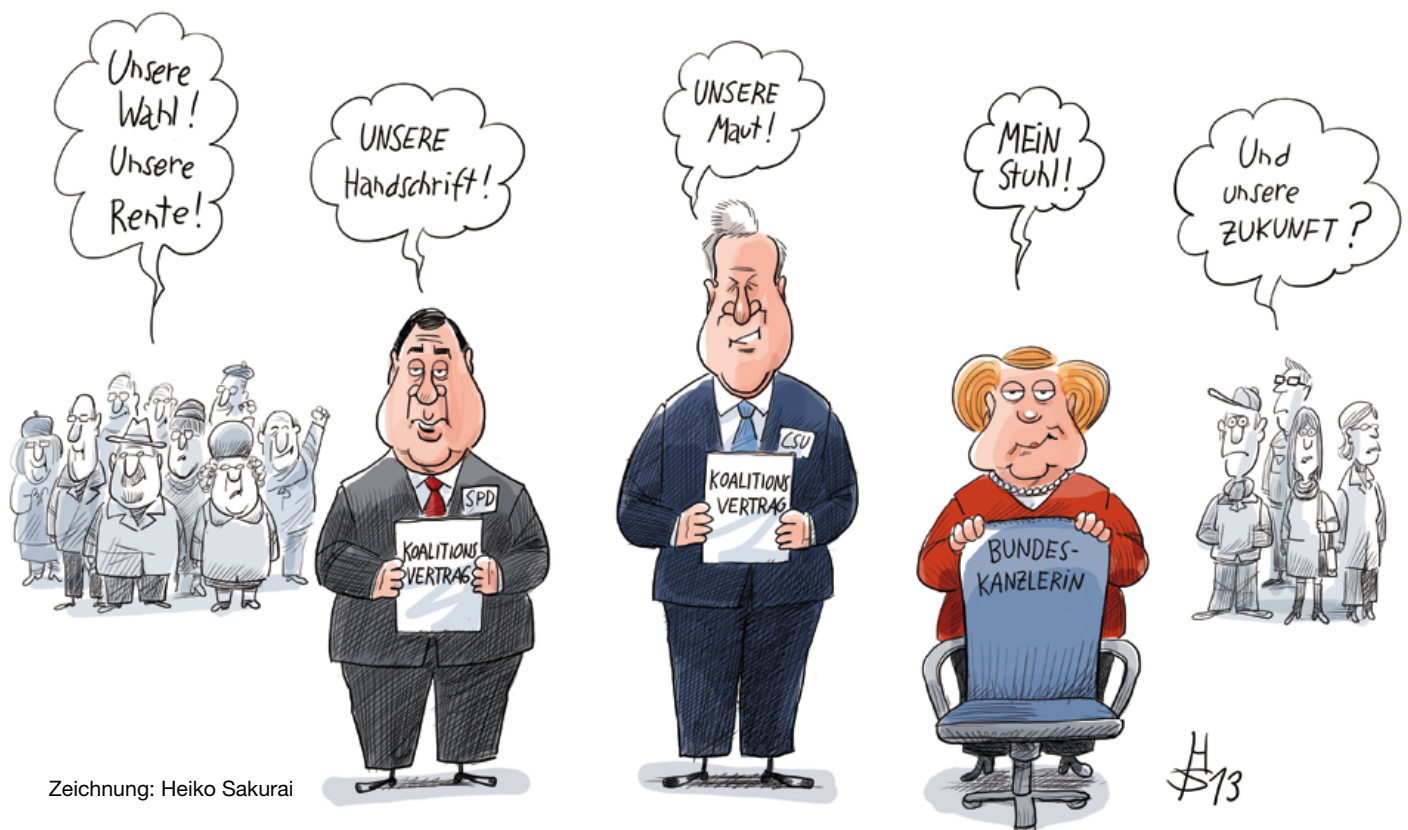


Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

- | | |
|--|---|
| <p>02 Große Koalition, was nun?
Editorial von Bernd Raffelhüschen</p> | <p>06 Veränderungsblockade durch Bürgerproteste?
Untersuchung am Beispiel des Frankfurter Flughafens</p> |
| <p>03 Renaissance der Angebotspolitik
Kronberger Kreis zeigt wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf auf</p> | <p>Braucht Deutschland eine Vermögensteuer?
Studie prüft Gefahren einer (Wieder-)Einführung</p> |
| <p>04 Ehrbare Staaten?
Internationales Nachhaltigkeitsranking für EU27
Unseriöse Rentenpläne im Koalitionsvertrag</p> | <p>07 Kommission „Steuergesetzbuch“
präsentiert Ergebnisbericht in Berlin</p> |
| <p>05 Wie sieht Europapolitik in Zukunft aus?
Tagung mit Bundesfinanzminister Schäuble
und Bundesbankpräsident Weidmann</p> | <p>08 GENERATION-D Preisverleihung
Ideenwettbewerb prämiert drei studentische Teams</p> <p>Das Allerletzte: Weihnachtstipp 2013
Jauchzet! Frohlocket! Preiset die Große Koalition!</p> |

Große Koalition, was nun?

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



„Deutschlands Zukunft gestalten“ lautet der Titel des Koalitionsvertrages der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD. Treffender wäre allerdings die Überschrift „Wohltaten in der Gegenwart verteilen“ gewesen. Die Vereinbarung passt zwar zur Weihnachtszeit, ist mittel- und langfristig jedoch nicht zu finanzieren und offenbart zahlreiche ordnungspolitische Pferdefüße. Was genau wird diese so gestaltete „Zukunft“ bringen?

Die Bereiche Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen sollen an dieser Stelle exemplarisch herausgegriffen werden: Deutschland bekommt einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro – nicht sofort, aber bald und das mit wenigen Ausnahmen. Viele Sachverständige befürchten vor diesem Hintergrund, dass dieses Vorhaben einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit induziert, weil die Produktivität der betroffenen Personen und/oder die Wettbewerbsverhältnisse den Mindestlohn nicht hergeben. Könnte sein. Könnte aber auch sein, dass die demographische Entwicklung den Arbeitsmarkt in Zukunft quasi leert und der ohnehin stattfindende Rückgang der Arbeitslosigkeit nur gebremst wird. Gleichzeitig würden die betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielleicht informelle Kontrakte des „grauen“ Arbeitsmarktes miteinander schließen. Und wer dann noch übrig bleibt – meist Menschen aus prekären Beschäftigungen und ebensolchen Verhältnissen –, verweilt verständlicherweise in der Vollabfederung des sozialen Netzes und versucht „schwarz“ etwas hinzuzuverdienen. Im Osten baut sich dann wieder ein erheblicher Abwanderungsdruck auf – wen wundert's?

Deutschland beschenkt außerdem seine Rentner, so wie alle Parteien dies im Wahlkampf bereits angekündigt hatten. Die Einigung auf dem Feld der Alterssicherung war

einfach (siehe auch S. 4) – alle Parteien der Großen Koalition wollten eine Mindestrente deutlich oberhalb der Grundsicherung, auch wenn dies der Lebensleistung nicht entspricht. Alle wollten ebenfalls einen abschlagsfreien vorzeitigen Zugang zur Rente für langjährig Beschäftigte, auch wenn diese durch den vorzeitigen Zugang zwangsläufig eben länger ihre dann nicht verminderten Rentenzahlungen bekommen. Und auch hinsichtlich der Hinzuverdienstgrenzen war schnell Einigung erzielt: Wer vorzeitig subventioniert in den Ruhestand geht, darf aufgrund der steuerrechtlichen Regelungen sogar netto mehr in der Tasche haben als zuvor. Ein Teil dieser Segnungen soll dann aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Den Rest tragen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. So wird Armut im Alter demnächst auch für manchen, der gar nicht arm ist, komfortabler gestaltet und alle helfen mit – nur die Reichen und die Beamten nicht.

Die rentenpolitischen Beschlüsse der Großen Koalition sind eine falsche Weichenstellung und konterkarieren die mühsam errungenen Schritte zu mehr Nachhaltigkeit in der Finanzierung des demographischen Wandels. Dies gilt auch für die Rückschritte bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, denn die Hoffnung auf eine größere, nicht lohnabhängige Finanzierungs Komponente wurde zu Grabe getragen. Und hinsichtlich der Pflege ist die notwendige Ausgabenbegrenzung nicht einmal im Ansatz diskutiert worden. Stattdessen beschloss man Mehrausgaben, flankiert durch steigende Beiträge. Die Quintessenz der ganzen Maßnahmen ist nicht zu übersehen: mehr Schulden, steigende Beiträge und mittelfristig massive Steuererhöhungen. Das sind die wirklichen Inhalte der Koalitionsvereinbarung.

Die Gewinner im Hier und Jetzt jubeln. Aber was machen die Verlierer? Könnte es sein, dass künftige Generationen den ihnen auferlegten überzogenen Sozialstaat für reparaturbedürftig halten und uns z.B. durch Abwanderung die Rote Karte zeigen?

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann (außer Seite 8).

Kronberger Kreis fordert wirtschaftspolitische Ausrichtung an Angebotspolitik

Neue Studie zeigt Handlungsbedarf der neuen Bundesregierung auf

Der neu gewählten Bundesregierung stellt sich gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein umfangreicher Katalog an drängenden Aufgaben. Auch wenn Deutschland von der europäischen Schulden- und Wirtschaftskrise auf den ersten Blick noch vergleichsweise und weitgehend uneindrückt erscheint. Die noch vorhandene wirtschaftliche Überlegenheit bedeutet nicht, dass das deutsche Wirtschaftsmodell auch künftigen Herausforderungen, wie der demographischen Entwicklung und den Belastungen durch Schulden- und Finanzkrise, gewachsen ist. Sollte der bestehende Reformbedarf nicht ernst genommen werden, kann sich Deutschland schneller als gedacht wieder in den „kranken Mann Europas“ zurückverwandeln.

Statt sich an der im Zusammenhang mit der europäischen Krisenproblematik viel diskutierten Nachfrageschwäche zu orientieren, die sich in den Wirtschaftsdaten nicht wiederfinden lässt, fordert der Kronberger Kreis in seiner neuen Studie „Renaissance der Angebotspolitik“ eine deutliche Verbesserung der Investitionsbedingungen. Insbesondere die Umgestaltung der Energiepolitik sollte stärker marktwirtschaftlich ausgerichtet werden, um in Zukunft auch für die Konsumenten bezahlbar zu bleiben. Es könne auch nicht darum gehen, den bereits ausgedehnten Sozialstaat noch weiter auszubauen und die Reformen der vergangenen Jahre zurückzudrehen.

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft sieht neben der Energiepolitik insbesondere auf folgenden Gebieten wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf:

▪ Haushaltskonsolidierung

Die EZB sollte sich wieder auf ihre Aufgabe der Gewährleistung von Preisstabilität konzentrieren. Die Bundesregierung muss indessen auf eine Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung drängen. Der Stabilitätsrat sollte zu einer Schuldenaufsicht ausgebaut werden. Im Zuge der anstehenden Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ist zudem mehr Eigenverantwortung auf der Einnahmeseite für die Länder anzustreben.

▪ Arbeitsmarkt- und Sozialreformen

Die als ein Ergebnis der Koalitionsverhandlungen angestrebten Mindestlöhne erhöhen das Risiko von Ar-



Renaissance der Angebotspolitik
Schriftenreihe Band 57

Kronberger Kreis
Lars P. Feld,
Clemens Fuest,
Justus Haucap,
Volker Wieland,
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)
ISBN: 3-89015-116-7

beitslosigkeit und können sich unmittelbar negativ für die davon betroffenen Lohngruppen auswirken. Der Kronberger Kreis lehnt jegliche Form von Mindestlöhnen, insbesondere einen gesetzlichen Mindestlohn, ab. Zur Vorbeugung gegen Altersarmut sind Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik heranzuziehen und nicht teure und unsystematische Eingriffe in die Gesetzliche Rentenversicherung, wie die Lebensleistungs- oder Mütterrente.

▪ Steuerpolitische Reformen

z.B. bei Gewerbe-, Erbschaft- und Umsatzsteuer sind nach Ansicht des Kronberger Kreises überfällig. Darüber hinaus spricht sich der wissenschaftliche Beirat für die Einsetzung einer Privatisierungskommission aus. Mit ihrer Hilfe könnte ohne ideologische Scheuklappen das Privatisierungspotenzial bundeseigener Betriebe und Liegenschaften geprüft werden.

Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

15.09.2013

Auf ihrer ersten Seite berichtet die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* unter der provokanten Überschrift „Deutschland ist gerecht“ vorab über die Veröffentlichung des Kronberger Kreises: „Seit der Reformpolitik der Regierung Schröder ist die Einkommensungleichheit in Deutschland nicht größer, sondern geringer geworden. Das Land leidet nicht unter einer ‚sozialen Schiefelage‘. Eine Woche vor der Bundestagswahl warnen fünf führende Ökonomen (‚Kronberger Kreis‘) in einem exklusiv in dieser Zeitung veröffentlichten Aufruf davor, den Sozialstaat weiter zu belasten.“ Nach einer Leseranalyse des Verlages ist dieser Text mit einer Lesequote von 47% der meist gelesene Beitrag der gesamten Zeitungsausgabe.

web

Die neue Studie des Kronberger Kreises
finden Sie auf unserer Homepage:
www.kronberger-kreis.de

Ehrbare Staaten? Schuldenabbau liegt auch in Deutschland noch in weiter Ferne

EU27-Nachhaltigkeitsranking

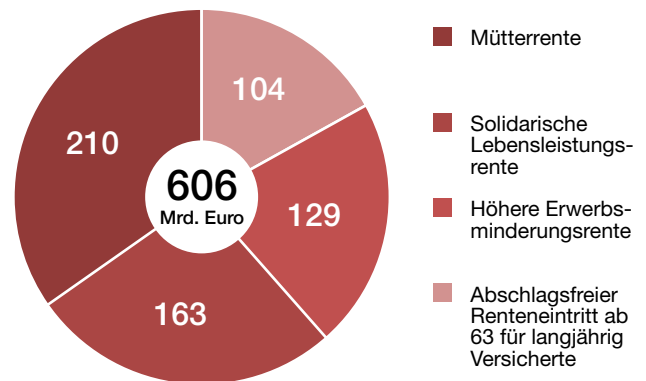
Nach Jahren der Krise zeigen sich erste ökonomische Stabilisierungstendenzen in Europa. Mit den massiven, in ihren Anreizwirkungen aber durchaus problematischen geldpolitischen Interventionen der Europäischen Zentralbank wurde Zeit „gekauft“, um den Krisenländern, aber auch Europa insgesamt, Zeit für notwendige Strukturreformen und die unerlässliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu geben. Diese Zeit ist bislang nicht ausreichend genutzt worden. Notwendige Reformen harren noch ihrer Umsetzung. Auch im Hinblick auf die gebotene Konsolidierung der Staatsfinanzen geht es vielerorts nur zäh voran. Ohne solide öffentliche Haushalte ist jedoch eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung in Europa auf Dauer kaum vorstellbar.

Um ein aussagekräftiges Bild der Staatsverschuldung in Europa zu erhalten, reicht es nicht aus, sich nur – wie etwa im Rahmen der Maastricht-Kriterien – auf die Vergangenheit und die Gegenwart zu konzentrieren. Das wäre zu kurz gesprungen. Ein realistisches Bild der Staatsfinanzen erhält man erst, wenn auch bereits heute absehbare zukünftige Haushaltsdefizite berücksichtigt werden. Diese sogenannten impliziten Schulden, die heute formal noch nicht sichtbar sind, resultieren beispielsweise aus dem demographischen Wandel, insbesondere sofern soziale Sicherungssysteme nicht ausreichend auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung vorbereitet sind. Macht ein Staat gegenüber seinen Bürgern generöse Leistungsversprechen für Rente, Gesundheit oder Pflege, die sich mit den gegenwärtigen Steuer- und Beitragssätzen nicht dauerhaft finanzieren lassen werden, sind fiskalische Probleme in der Zukunft vorprogrammiert. Die implizite Verschuldung gibt folglich an, wie groß die Diskrepanz zwischen zukünftigen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist. Addiert man sie zu den offiziell ausgewiesenen expliziten Schulden der Vergangenheit, erhält man mit der Nachhaltigkeitslücke eine aussagekräftige Größe für die tatsächliche Gesamtverschuldung eines Staates.

Wie problematisch die Lage der öffentlichen Finanzen in Europa nach wie vor ist, zeigt das diesjährige EU27-Schuldenranking der Stiftung Marktwirtschaft auf Basis aktuell ermittelter Nachhaltigkeitslücken. Zwar sind in einigen „Krisenländern“ gewisse Verbesserungen zu verzeichnen. In der Mehrzahl auch der größeren Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – sind die Schulden hingegen gestiegen. Will Europa seine Staatsfinanzen dauerhaft sanieren, sind weiter beträchtliche Reformanstrengungen notwendig, um vor allem eine Explosion der altersabhängigen Ausgaben zu verhindern.

Unseriöse Rentenpläne im Koalitionsvertrag

Abbildung:
Langfristige Kosten der Rentenpläne in Milliarden Euro



Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die neue Legislaturperiode formulierten Rentenpläne lassen auch in Deutschland einen Lerneffekt aus der Schuldenmisere vermissen, zumal sie die impliziten Schulden weiter in die Höhe treiben:

Unter dem Stichwort „Mütterrente“ sollen die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder statt mit bisher einem künftig mit zwei Entgeltpunkten bewertet werden. Langjährig Versicherten mit 45 Versicherungsjahren soll darüber hinaus der abschlagsfreie Rentenbezug ab 63 Jahren ermöglicht werden. Unter dem Stichwort „Erwerbsgeminderte besser absichern“ plant die Große Koalition eine Anhebung der – für die Höhe der Erwerbsminderungsrente maßgeblichen – Zurechnungszeit um zwei Jahre. Schließlich will die Große Koalition mit der für das Jahr 2017 geplanten Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente für langjährig Versicherte mit geringen Rentenansprüchen deren „Lebensleistung in der Rente honorieren“.

Infolge der Rentenpläne ist bereits im kommenden Jahr mit Mehrausgaben von 3 bis 4 Mrd. Euro zu rechnen, welche bis zum Jahr 2030 auf einen Betrag von 16 bis 20 Mrd. Euro ansteigen dürften. Über die lange Frist summieren sich die Kosten für diese Leistungsverbesserungen auf einen Betrag von 606 Mrd. Euro und zwar unabhängig davon, ob nun die Beitrags- oder Steuerzahlenden für die Finanzierung aufkommen müssen.

web

Mehr Information zum Schuldenranking erhalten Sie auf dieser Homepage:
www.ehrbarer-staat.de

Europa: Wohin, wie weit und mit wem?

Eine Tagung der Allianz SE und der Stiftung Marktwirtschaft mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

Nach der Bundestagswahl 2013 wird der Souverän am 25. Mai 2014 die erste europaweite, demokratische Standortbestimmung in Zeiten der Schuldenkrise vornehmen. „Wir haben Zeit gekauft“ begrüßte Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die Teilnehmer der in Kooperation mit der Allianz SE veranstalteten Tagung „Europa: Wohin, wie weit und mit wem?“ am 8. Oktober 2013 in den Räumlichkeiten der Allianz SE am Pariser Platz in Berlin. Aber nutzen wir die gewonnene Zeit auch ausreichend?

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB verwies in seinem Beitrag zuerst auf das bisher Erreichte. Man müsse eben mit den Mitteln arbeiten, die einem zur Verfügung stünden, selbst wenn die Lösungen dann oft nur second best wären. Auch die Geldpolitik könne nicht alle Probleme lösen und die Defizite Europas auf Anheb beheben. Man befinde sich aber auf dem richtigen Weg, allerdings müssten die begonnenen Reformen konsequent fortgesetzt und gleichzeitig Fehlanreize vermieden werden. „Ich gebe zu, wir sind noch im Tunnel, aber das Licht an seinem Ende ist sichtbar“, so Schäuble. Es sei wichtig, eine Haftungsvergemeinschaft unbedingt zu vermeiden. Als zentralen institutionellen Eckpfeiler bezeichnete Schäuble die Bankenunion, die es zu vervollständigen gelte. Die Europäer müssten innovativ und wettbewerbsfähig sein, um auch in der Welt des 21. Jahrhunderts Gehör zu finden. „Wenn wir unsere Hausaufgaben machen, können wir das auch schaffen. Aber dass wir unsere Hausaufgaben machen, das nimmt uns keiner ab.“

Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann sah die Schwachstellen der Währungsunion zum einen in nationalen Fehlentwicklungen, zum anderen in Unzuläng-



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB.



Prof. Dr. Jörg Rocholl Ph.D., Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger, Prof. Dr. Volker Deville, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, Prof. Dr. Michael Heise, Dr. Eckart Lohse, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Günter Verheugen, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Dr. Jens Weidmann und Sylvie Goulard MdEP (v.li. oben nach re. unten).

lichkeiten des institutionellen Rahmens. Es gelte, die Krisenanfälligkeit der Währungsunion als Resultat der mangelnden politischen Integration zu verringern und so die Währungsunion als Stabilitätsunion zu erhalten. Kritisch sah Weidmann die zukünftige Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in Bezug auf die zusätzliche Aufgabe der Bankenaufsicht. Dadurch entstünde ein Interessenkonflikt zwischen der aufsichtsrechtlichen Verantwortung und dem geldpolitischen Mandat der EZB. Die Notenbanken dürften sich nicht zum Gefangenen der Politik machen, sondern müssten ihre Unabhängigkeit durch enge Auslegung ihres Mandats schützen.

Das hochkarätig besetzte Podium mit Servaas Deroose (Stellvertretender Generaldirektor Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission), Sylvie Goulard MdEP, Prof. Dr. Michael Heise (Chefvolkswirt der Allianz SE), Prof. Dr. Otmar Issing (ehem. Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der EZB), Prof. Dr. Jörg Rocholl (Präsident der European School of Management and Technology) und Prof. Günter Verheugen (ehem. EU-Kommissar und Vizepräsident der Europäischen Kommission) wurde fachkundig moderiert von Dr. Eckart Lohse (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung). Das Mehrheitsergebnis lautet: Europa ist mehr als der Euro und die Währungsunion, und jeder Staat sollte für die Fehler seiner eigenen Politik verantwortlich sein. Das bedeutet: No-Bail-Out.

web

Der Bericht zur Tagung erscheint im Januar 2014, auch auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Politik und Wirtschaft im Zeichen des Bürgerprotestes



2013 dürfte auf Jahrzehnte hinaus die letzte Bundestagswahl mit einer Mehrheit der Wähler unter 55 Jahren stattgefunden haben. Danach verstärken sich eine althergebrachte Tradition und die demographische Entwicklung gegenseitig: Ältere gehen eher zur Wahl als Jüngere – und von Letzteren gibt es immer weniger. Ab 2017 werden die nachfolgenden Bundestagswahlen von

einer absoluten Wählermehrheit (nicht einer der Wahlberechtigten!) über 55-Jähriger entschieden. Risiko- und Reformaversion dominieren. Status quo und Sicherheit werden noch wichtiger als heute schon bewertet. Neue Herausforderungen werden weniger angenommen, Dynamik und Innovation verlieren an Wertschätzung, und Veränderungsbereitschaft nimmt ab. Ist Wandel und sind große Infrastrukturvorhaben dann überhaupt noch möglich?

In ihrer Studie „Politik und Wirtschaft im Zeichen des Bürgerprotestes“ haben Prof. Dr. Eike-Christian Hornig und Jan-Bernd Baumann von der Universität Gießen basierend auf den Ergebnissen einer von infratest dimap durchgeführten Befragung von Demonstranten den Protest gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens untersucht. Die Autoren sahen in ihrer Analyse zwei zentrale Forschungshypothesen bestätigt:

1. Es liegt eine nur begrenzt gesamtgesellschaftliche Repräsentativität der Protestierenden vor (das soziodemographische Profil innerhalb der Protestgruppe lautet verkürzt: älter, hochgebildet, zeitreich, ressourcenstark mit einer politischen Mitte-Links-Orientierung).
2. Die Demonstranten weisen Merkmale einer Misstrauensgesellschaft insbesondere gegenüber den Parteien (Manipulationsvorwurf gegenüber der Politik und der Justiz durch „die“ Wirtschaft) auf.

Eine Vermögensteuer auch in Zukunft keine Lösung



Obwohl in Deutschland derzeit Rekordzahlungen an Steuern und Sozialabgaben geleistet werden, wurde im Bundestagswahlkampf 2013 die Wiedereinführung einer weiteren Steuer, der Vermögensteuer, diskutiert. Gemäß den Plänen der schwarz-roten Koalition ist diese Diskussion zunächst beendet. Ob dauerhaft oder nicht, wird vermutlich von den wirtschaftlichen

und politischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren abhängen – und von der Entwicklung des Steueraufkommens.

Aus diesem Grund lohnt es sich, das Thema Vermögensteuer nicht aus den Augen zu verlieren. Bei veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kann die Vermögensteuer schnell aus dem politischen Niemandsland ins Zentrum der öffentlichen Debatte zurückfinden – und dann sollte man für die Diskussion gewappnet sein.

Die Befürworter einer Vermögensteuer sehen in dieser eine Allzweckwaffe für einen Durchbruch von „sozialer Gerechtigkeit“ und zur Generierung beträchtlicher Steuermehreinnahmen. Doch kann die Vermögensteuer dies überhaupt leisten? In welchem rechtlichen Rahmen ist die Besteuerung von Vermögen zulässig? Welche wirtschaftlichen Auswirkungen und Ausweicheffekte sind zu erwarten? Wie steht es mit der praktischen Umsetzbarkeit und dem Erhebungsaufwand? Diesen Fragen geht die Stiftung Marktwirtschaft in einer neuen Publikation aus der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik nach.

Eines ist sicher: Die Einführung jeder neuen Steuer entfernt Deutschland weiter von dem großen Ziel eines einfachen, transparenten und dadurch gerechten Steuersystems.

web

Das Heft (Argument Nr. 120) finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

web

Das Heft (Argument Nr. 122) finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Steuervereinfachung ist möglich!

Kommission „Steuergesetzbuch“ präsentiert Kompendium aller Gesetzesentwürfe

Geradezu antizyklisch adressierte die Stiftung Marktwirtschaft in einer Tagung am 29. August 2013 anlässlich des Erscheinens des Bandes „Struktureform der deutschen Ertragsteuern“ das Thema Steuervereinfachung im Deutschen Bundestag. Antizyklisch deswegen, weil die Diskussion abseits des Wahlkampfgetümmels um Umverteilung und Steuergerechtigkeit erfolgte. „Deutschland braucht nach wie vor ein in sich schlüssiges, transparentes, einfaches und dadurch gerechtes Steuersystem“, begrüßte Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung, die Teilnehmer in Berlin.

Wie ein solches Steuerrecht aussehen kann, skizzierten führende Köpfe der Kommission „Steuergesetzbuch“. Für das Herzstück eines gerechten Steuersystems, der Einkommensteuer, hob der Vorsitzende der Kommission, Prof. Dr. Joachim Lang, die Bedeutung der Abgrenzung der Bemessungsgrundlage hervor. Ihre Ausgestaltung soll gemäß der Leitlinie einer Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip erfolgen. Im Gegensatz zum Einkommensteuerrecht spielten Steuersatzüberlegungen im Unternehmensteuerrecht aufgrund des internationalen Wettbewerbsdrucks immer eine Rolle, doch genauso wesentlich sei die Steuerstruktur.

Prof. Dr. Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht der Universität zu Köln, kritisierte die fortbestehenden strukturellen Defizite des Unternehmensteuerrechts: die Besteuerung der Personengesellschaften und die Frage hinsichtlich der Notwendigkeit einer Gewerbesteuer. Für den Bereich der Kommunalfinanzen läge die zentrale Bedeutung der Gewerbesteuer für jede Reformbemühung gleichfalls auf der Hand, unterstrich Prof. Dr. Clemens Fuest, Direktor des ZEW Mannheim. „Eine Steuer auf Unternehmensgewinne – das gehört zu den elementareren Einsichten der Finanzwissenschaft – gehört



Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. h.c. Norbert Herzig, Prof. Dr. Johanna Hey, Prof. Dr. Joachim Lang, Prof. Dr. Clemens Fuest und RA Friedrich Merz (v.li.).



auf die Bundesebene und nicht auf die Ebene der Gemeinden.“ Eine Reform der Kommunalfinanzen nach dem Modell der Stiftung Marktwirtschaft wäre darüber hinaus ein „Riesenfortschritt für die Demokratie auf kommunaler Ebene“.

Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Herzig, Universität zu Köln, wies auf die Notwendigkeit einer selbständigen steuerlichen Gewinnermittlung hin. Die derzeit zergliederten Vorschriften der steuerlichen Gewinnermittlung seien wieder „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Die Relevanz bilanzsteuerlicher Fragen werde vor dem Hintergrund von „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) sowie europäischer Harmonisierung noch zunehmen.

Über die politischen Rahmenbedingungen von Steuerreformen berichtete in der sich anschließenden Podiumsdiskussion Bundesfinanzminister a.D. Hans Eichel. Steuerreformen seien nicht „nach Art eines Urknalls“ machbar, sondern nur als „Reparieren unter Betrieb“. Steuervereinfachung sei für alle wichtig: für Bürger, Unternehmen und Verwaltung.

Rechtsanwalt Friedrich Merz sah in seinem politischen Kommentar trotz aller Unwägbarkeiten Chancen für Steuerreformen. In der letzten Legislaturperiode sei die Steuerpolitik überlagert worden von der Finanz- und Schuldenkrise. Der Steuerreformbedarf sei dennoch unverändert groß, insbesondere bei der Kommunalfinanzierung. Große Reformen bräuchten aber eine breite Basis und strategisch betrachtet die erste Hälfte der Legislaturperiode.

Die Konzepte für machbare Vereinfachungsschritte stehen also – nur nicht im Koalitionsvertrag. Den Veränderungsdruck zu ignorieren, wird Schwarz-Rot aber kaum durchhalten. Steter Tropfen höhlt den Stein!

web

Den Bericht sowie einen Kurzfilm finden Sie ab Januar 2014 auf unserer Homepage: www.neues-steuergesetzbuch.de

Preisverleihung bei GENERATION-D

Ideenwettbewerb fördert innovative Projekte dreier Studierendenteams

GENERATION-D
 IDEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.



Die Preisträger 2013 von GENERATION-D: Team FoodLoop, Team [v]ostel und Team ASK (Akademie der sozialen Kompetenzen) (v.li.).

Zum sechsten Mal hat die Suche des studentischen Gründungswettbewerbs GENERATION-D nach innovativen und kreativen Ideen drei herausragende Gewinner im deutschsprachigen Raum gefunden. Die Preisverleihung fand in diesem Jahr – inklusive Workshops und Coaching für die Finalisten – im November in München statt. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 10.000 Euro geht an Projekte, die sich kritisch mit nachhaltigem Handeln auseinandersetzen und zugleich einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Die Bandbreite der Preisträger spiegelt großes Engagement in den Bereichen wirtschaftliche Effizienz, Umweltbewusstsein und soziale Einsatzbereitschaft wider.

Das FoodLoop-Team aus Köln konnte die Jury mit seiner innovativen Idee des Mindesthaltbarkeitsdatums-Managements von begrenzt haltbaren Lebensmitteln überzeugen

und wurde von der Jury einstimmig zum Sieger gekürt. Die Erstplatzierten erhalten ein Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro. Den zweiten Platz teilen sich die beiden Teams ASK (eine auf die Aneignung sozialer Kompetenzen ausgerichtete E-Learning Plattform für Auszubildende) sowie [v]ostel (ein Hostel mit angebundener Volunteerbörse für einen achtsamen Tourismus in der Metropole Berlin). Beide Teams erhalten jeweils 3.000 Euro. Darüber hinaus profitieren die Preisträger von einer intensiven Projektförderung durch GENERATION-D und seiner Projektpartner – neben der Süddeutschen Zeitung, der Allianz SE und der Bayerischen EliteAkademie auch die Stiftung Marktwirtschaft.

web

Den Bericht zum Ideenwettbewerb finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Jauchzet! Frohlocket! Preiset die Große Koalition!



Nach den Hotels 2010 wird nun bald ein weiteres, nicht essbares Produkt in den fingerdicken Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze aufgenommen: Die Große Koalition will die Gerechtigkeitslücke zwischen Büchern (bislang 7 Prozent Mehrwertsteuer) und Hörbüchern (bislang 19 Prozent, da als Tonträger geführt) schließen. Dadurch fallen die Hörbuchpreise, da die Verlage die Früchte ihrer politischen Überzeugungsarbeit gewiss eins zu eins an die Kunden weitergeben werden. Weil indes die Große Koalition nur bei der Außerkraftsetzung lästiger Rentengesetze (die aktuell eine Beitragssatzsenkung und keine „Mütterrente“ vorsähen), nicht aber für hörbuchhörende Pendler auf den üblichen Rechts- bzw. Bundestagsbeschlussweg verzichten will, kommt die Maßnahme zu spät für das Weihnachtsfest 2013. Schenkwillige sollten den Kauf von Hörbüchern deshalb bis 2014 zurückstellen. Das könnte auch für den Erwerb von Weihnachtssoratorien gelten: Als bibeltextorientierte „Erzählungen“ mit einer Art Hörbuchcharakter sollen vielleicht auch sie unter den günstigen Satz fallen. Oh Herr, womit haben wir das verdient?

